

Die Stellung der Deutschen zum tschechischen Staat.

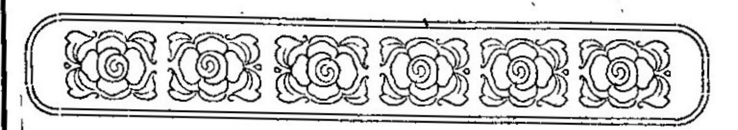
Referat, erstattet am 1. Gesamtparteitag der deutschen national-sozialistischen Arbeiterpartei zu Dux am 16. November 1919

von

Hans Knirsch.



Druck: Buchdruckerei „Gutenberg" Dux, Böhmen.



Sehr geehrter Parteitag! *)

Die öster.-ung. Monarchie befand sich schon lange vor dem militärischen Zusammenbruche der Mittelmächte im Zustande völliger Zersetzung. Auf unserem Kriegsparteitag im Mai 1918 sagte ich in meinem politischen Bericht:

„Das Parlament ist das Spiegelbild unseres in sich zerfahrenen, für die heutige Zeit auf unmöglichen Verfassungsgrundlagen aufgebauten Staates. Diese unmögliche Verfassung war schon im Frieden die Quelle allen parlamentarischen und innerpolitischen Jammers. Der Krieg, der alle Gegensätze der Völker dieses Staates aufs höchste gesteigert hat, mußte mangels jeder starken, zielbewußten Führung seitens der regierenden Faktoren in geradezu chaotische Zustände führen. Wir sind heute glücklich so weit, daß kein Volk mehr Herz und Sinn für den Staat hat."

Parteigenosse Krebs hat in seinem Tätigkeitsbericht dargelegt, wie sehr die Partei alle Kräfte eingesetzt hat, um diesem Zersetzungsprozeß Einhalt zu tun. Nicht aus Liebe u. Anhänglichkeit für dieses Habsburgerreich, dem das deutsche Volk immer nur als Kulturdünger gut genug war, sondern wegen des mit uns auf Gedeih und Verderb verbündeten deutschen Reiches. Das Unheil war nicht mehr abzuwenden. Die zunehmende

*) Sonderabdruck aus Folge 190 des „Tag", nationalsozialistisches Tagblatt, Dux.

politische und moralische Verlotterung am Hofe Karls des Letzten, die Korruption in Zivil und Militärverwaltung, die zu einer wahren Geisel für Soldaten und Bürger geworden waren, das immer mehr über Hand nehmende Hyänengezücht des Krieges, die Wucherer und schamlosen Kriegsgewinner, mußten schließlich alle Bande zur Auflösung bringen. Schmählich wie noch kein Staat der Welt endete dieses Reich.

Uns Sudetendeutschen war von der Geschicht, seit jeher die Aufgabe zugewiesen, Vorposten und Grenzsoldaten des Gesamtvolkes zu sein. Kampf um Scholle und Arbeitsplatz, um das nationale Dasein, erfüllt die Geschichte der Sudetendeutschen. Der Waffenstillstand mit Deutschland wurde auf der Grundlage abgeschlossen, daß die von Wilson aufgestellten 14 Punkte die Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Neuordnung der Welt bilden würden. Auch wir Sudetendeutschen durften sonach hoffen, daß wir vereint mit den Brüdern und Schwestern im Mutterlande nunmehr einer friedlicheren Entwicklung entgegensehen werden. Was wir jedoch seither erlebten an Hinwegsetzung über alle sittlichen Begriffe von Treu und Glauben, an schamloser Verleugnung der Menschheitshochziele, für die man angeblich in den Krieg gezogen war, steht beispiellos da in der Weltgeschichte. Die Friedensdiktate von Versailles und St. Germain, denen sich das deutsche Reich und Deutschösterreich beugen mußten, verhindern vorläufig den staatlichen Zusammenschluß des europäischen Deutschtums und beugen Millionen Volksgenossen unter das Joch der Fremdherrschaft. Auch uns Deutsche der Sudetenländer. Kampf, schwerster Kampf um Heimat und Scholle, ist uns also auch weiterhin beschieden.

Die Apostel des Selbstbestimmungsrechtes suchen ihren schamlosen Verrat vor der Welt zu verschleiern, indem sie mit kühner Stirn im Friedensvertrag behaupten, daß unsere Einverleibung in den tschechoslowakischen Staat „eigenem Willen" entspreche. Das erste Wort, das unsere Gesamtpartei über ihre Stellung zu diesem Staate zu sagen hat, ist ein **lauter und flammender Protest gegen diese**

ungeheuerliche Geschichtslüge. (Stürm. Beifall.) Das ganze sudetenländische deutsche Volk und seine legitimen Landtage haben in öffentlichen Kundgebungen einmütigen Protest **gegen** die Einverleibung in diesen Staat erhoben und seine berufenen Regierungen haben diese Willensmeinung auch zur Kenntnis der Friedenskonferenz gebracht. Aber die Stimme des Volkes wurde im Blute erstickt. Der Friedensvertrag trägt wohl die Unterschriften der Bevollmächtigten Deutschösterreichs und der tschechoslowakischen Republik, die Bevollmächtigten hatten ihr Mandat jedoch von „Nationalversammlungen," in denen das sudetenländische deutsche Volk **nicht** vertreten war. Daher haben beide Unterschriften für uns **keine völkerrechtliche** Bedeutung, was wir in Ermangelung einer parlamentarischen Tribüne einstweilen vor diesem Forum ausdrücklich feststellen wollen. (Stürm. Zustimm.) Aber auch wenn dem anders wäre, würden wir als nationale Sozialisten die vom imperialistischen Größenwahn und kapitalistischen Geiste diktierte Ordnung **nicht anerkennen.** Für uns gilt als heiliges Naturrecht eines jeden Volkes, sein Recht auf **staatliches Eigenleben** innerhalb seiner geschlossenen Siedelungsgebiete. Auch von unserem sozialistischen Standpunkte aus müssen wir den **nationalen** Einheitsstaat anstreben, weil nur dieser die Voraussetzungen einer sozialen Entwicklung bietet, die allen schaffenden Volksgenossen vollen Ertrag ihrer Arbeit u. den Mitgenuß der Kulturerrungenschaften des Volkes sichert. Nationalstaaten, die durch Zwang und Gewalt zusammengehalten werden, sind ein **ewiger Herd kriegerischer Konflikte** und ein **Hemmnis sozialer Entwicklung.** Das alte Oesterreich hat uns das ja so eindringlich gelehrt. Wilson hat während des Krieges wiederholt Oesterreich-Ungarn als einen Herd ewiger Kriegskonflagrationen bezeichnet, der des Weltfriedens wegen beseitigt werden müsse. Und nun dieses alte Oesterreich glücklich beseitigt ist, schaffen diese Handlanger der anglo-amerikanischen Kapitalisten im Herzen Europas ein neues, wohl etwas kleineres, aber um vieles **verschlechtertes Oesterreich.** Aus dem Leibe Deutschlands, Polens, Ungarns und der Ukraine werden Fetzen herausgeschnitten und mit

dem unbefragten slowakischen Volke einem Staate eingegliedert, der von der tschechischen Minderheit beherrscht werden soll. Wie die Polen, Magyaren und Ukrainer dieses Staates Zeit seines Bestandes zu ihrem Mutterlande und die zu völkischen Bewußtsein erwachten Slowaken zu staatlichen Eigendasein streben werden, so auch wir **zu unseren Brüdern und Schwestern im Reiche mit denen wir ~~uns~~ die Bande des Blutes, der Geschichte, des Geistes, und der Kultur untrennbar verbunden bleiben.** (Der Parteitag erhebt sich und bricht in stürmischen Beifall aus.)

Mit diesem

Glaubensbekenntnis im Herzen

stellen wir uns auf den Boden des Staates, dem wir gewaltsam einverleibt wurden. An seiner Spitze steht ein Masaryk, Regierungschef ist Tusar, Männer, mit denen uns im österreichischen Parlamente das gemeinsame Bestreben verband, den Staat auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Völker aufzubauen. Die Entwicklung der Völker drängte zum Nationalstaat und es wäre diese Form der Neuordnung Oesterreichs sicherlich nur ein Uebergangsstadium vom imperialistischen Nationalitätenstaat zu demokratischen Nationalstaaten gewesen. Der Uebergang hätte sich aber, wäre es nach unserem Willen gegangen, auf friedlichem Wege vollzogen. Nun kam der Krieg dazwischen, und fegte das durch die inneren Kämpfe zermürbte, von keiner Staatsidee mehr zusammengehaltene Oesterreich hinweg. Wie weggeblasen scheinen aber auch alle Lehren der Geschichte und des Krieges selbst, und alle politischen Ueberzeugungen bei den heutigen Führern des tschechischen Volkes zu sein. Denn was ist denn der Sinn dieses neuen tschechischen Staatsgebildes? Seine Staatsidee ist imperialistischer tschechischer Größenwahn, der selbst vor den Grenzen nicht Halt macht, die dem Staate durch den Friedensvertrag gezogen worden sind. Heute verkündet man in der Prager „Nationalversammlung" so laut, daß es Paris hören soll, daß Teschen „terra nostra," also tschechische Erde ist und bleibt, und rasselt mit dem Säbel, um dies nach eigenen völkerrechtlichen Begriffen zu erhärten. Und wir wissen, daß die tschechi-

schen Zukunftspläne auch über die Nord- und Südgrenzen hinausgehen. Die Staatsidee dieser Republik ist weiter das Projekt der Entente, im geografischen Herzen der 80 Millionen Deutschen Mitteleuropas einen

antideutschen Trutzstaat

zu schaffen. Allein schon ein Blick auf die Gestalt dieses Staatsgebildes zeigt, daß es strategisch, politisch, verkehrstechnisch usw. als ein ernster Gegner eines wiedererstarkten Deutschlands ganz undenkbar ist. Die tschechischen Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. Der neue Staat ist schon in seiner Form, man möchte sagen Unzucht wider die Natur. Alle Gesetze für eine gerechte und dauerhafte Staatsbildung sind bei der künstlichen Schaffung der Tschechoslowakei mit Füßen getreten worden. Weder in ihrem mitgegebenen Lebenszweck, eine Bedrohung in der Flanke Deutschlands zu sein, noch in ihrer unnatürlichen Zusammensetzung aus Tschechen, Deutschen Magharen, Polen und Ruthenen kann diese Republik dauerhaften Bestand haben. Diese unsere Ueberzeugung rechtfertigen Vernunft und Geschichte.

Die Flitterwochen der Prager Republik sind denn auch schnell verrauscht. Bis tief in die niedersten Schichten des tschechischen Volkes frißt sich

Die Enttäuschung

hinein. Heute ist die politische und vor allem die wirtschaftliche Lage nichts weniger als rosenrot. Die Teuerung ist noch immer enorm, die Arbeitslosigkeit nicht im Schwinden begriffen, von einem Aufschwung der Industrie und der erträumten großartigen Unterstützung durch die Ententekapitalisten ringsumher nichts zu sehen. Es fehlt allenthalben an Rohstoffen. Die Zwangssyndikate, welche mit einer Verordnung dekrediert wurden, sind hilflos und imponieren den westlichen Verbündeten der Tschechen ganz und gar nicht. Die Kohlenversorgung zwingt sogar zur Einschränkung von Betrieben, die Verwaltung ist durch und durch korrumpiert und unfähig, die Staatsmaschine in ordentlichen Gang zu bringen und die Ernährungswirtschaft in diesem Siegerstaat, der keine siegreichen Schlachten schlug, ein himmelschreiender Skandal. Das Defizit der

Republik beträgt pro Tag 17 Millionen Kronen. Zufrieden sind gegenwärtig nur die unverhältnismäßig zahlreichen Halb- und Viertelintelligenzen der Tschechen, denen in den weit ausgesponnenen Staatsdiensten bequeme Stellung und Versorgung winkt, dann die Schieber und Schleichhändler. Das ist das Ergebnis einer einjährigen tschechischen Regierungskunst, die sich noch dazu auf die Ententeonkeln stützen konnte. Ein Vergleich der Verhältnisse hier mit denen im ausgesogenen, niedergetretenen Deutschen Reiche, erweist so recht augenscheinlich, daß die Tschechen gewiß keine staatsbildende Befähigung besitzen. Ihre ganze Regierungskunst stützt sich auf einen vom Militarismus gestützten Absolutismus. (Stürmische Rufe: So ist es!)

Die einseitig tschechische Amtsführung soll nun die Aufzucht gefügiger Existenzen als Grundlagen der Tschechisierung des Staates ermöglichen. Vor allen aber handelt es sich um die Zersetzung des rein deutschen Sprachgebietes durch tschechische Winkelschulen, deren Gründung täglich zu Dutzenden erfolgt und die durch allerlei künstliche Maßnahmen bevölkert werden müssen. Und die tschechische Aufkaufsspekulation im deutschen Gebiete soll ein entsprechendes Boden- und Ansiedlungsgesetz unterstützen.

Wie können sich nun die Sudetendeutschen in dem schweren Ringen um ihre nationale Existenz behaupten? Welche Verluste sind zu befürchten? Mit welchen Mitteln haben wir unser heiliges Recht drinnen und außen zu vertreten?

Nichts wäre gefährlicher als eine Verkennung des Ernstes unserer Lage. Gewiß, der tschechische Staat ist kein Dauergebilde, und es wird sich in Europa eine sittlichere Ordnung den Weg bahnen an Stelle der heutigen Vergewaltigung von Völkern. Aber jeder Tag der tschechischen Gewaltherrschaft bringt uns unabschätzbare Verluste. Wir dürfen daher nicht in der Hoffnung auf irgend eine baldige Umwälzung, auf die sich viele gar bequemlich verlassen, zuwartend dastehen und uns mit geharnischten Protesten genügen, sondern müssen alle wirtschaftlichen und politischen Kräfte zu zielbewußten nationalwirtschaftlichen Arbeit und

zusammenfassen. **Volksgenossen, es geht ums Ganze!**

Unsere erste Aufgabe ist der Erhalt der deutschen Schulen, guter Zeitungen und die durchgreifende Organisation der deutschen Volkswirtschaft. Ein ausgebautes landwirtschaftliches und gewerbliches Genossenschaftswesen muß das Rückgrat dieser Erwerbsschichten sein, wie eine leistungsfähige nationale Großbank der Innbegriff unserer gesammelten Wirtschaftskräfte, welche die deutsche Mittel- und Kleinindustrie, zum Teile auch die große Industrie, stützen kann. Unsere Losung hier richtet sich gegen die internationalen Banken, denen durch eine radikale Agitation der letzte deutsche Heller entzogen werden soll. Dieser Gedanke ist nichts weniger als phantastisch, er ist gesund, durchführbar und eine erste nationale Lebensnotwendigkeit. Alle nationale Arbeit muß aber in den breiten Massen des Volkes verankert sein. Ein neues soziales Recht, daß den geistigen und manuellen Arbeiter aus dem Untertanenverhältnisse emporhebt und zum mitbestimmenden Träger des Wirtschaftslebens macht (Stürm. Beifall), wird unserem Volkstum hunderttausende nationale Mitstreiter zurückführen und uns zu den höchsten Leistungen befähigen. Ich streife diese nationalkurturellen Aufgaben nur, weil Parteigenosse Jung sie in seinem Berichte noch ausführlicher erörtern und ergänzen wird. Für uns sind es keine neuen Ziele, sie bildeten seit jeher die Richtlinien unserer Arbeit. Wir müssen jedoch alles daran setzen, daß sie nunmehr Gemeingut aller Deutschen werden.

Der erste Schritt zur Verwirklichung unserer nationalen Ziele ist die

Loslösung von der fremden Hauptstadt Prag.

So wie auf anderen Gebieten, heißt es auch da andere Wege gehen und mit Anschauungen der Vergangenheit brechen. Wenn im alten Oesterreich gegenüber der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, so kleine Städte wie Laibach, Agram, Krakau, Lemberg politische und nationale Zentren bilden konnten, auf die man hören

mußte, warum sollten es deutsche Städte wie Eger, Teplitz, Reichenberg, Troppau und andere nicht dahin bringen, daß man auch in Prag auf ihre Stimme lauschen muß? Verehrte Parteigenossen, können Sie sich vorstellen, daß die Tschechen ihre Republik so billig erreicht hätten, wenn sie den Schwerpunkt ihrer Politik nach Wien in den Schatten des Stephansturmes und der Hofkanzlei verlegt hätten? Zurück zur Urquelle nationaler und politischer Kraft, zurück in unser ureigenes Land und Volk und hinaus aus dem fremden Prag, das für uns nichts mehr anders ist als der Traum tschechischer Herrschaft und uferloser panslawischer Begehrlichkeit. (Lebhafter Beifall.)

Klar vorgezeichnet sind uns die Richtlinien für die

politische Verteidigung

und Erkämpfung unserer Rechte. Wir Deutsche zählen 28 Prozent der Gesamtbevölkerung dieses Staates. Unsere parlamentarische Vertretung wird durch Wahlkreisgeometrie zu Gunsten der Tschechen noch unter diese Ziffer herabgesetzt werden. Die Herstellung einer deutschen Einheitsfront, die von den Sozialdemokraten bis zu uns, dem äußersten nationalen Flügel reicht, ist daher Vorbedingung jedes politischen Erfolges. Bei jedem anderen Volke wäre das eine Selbstverständlichkeit, aber für das politische Leben der Deutschen gilt leider auch heute noch, was Johannes Scherr angesichts der 1859 über Deutschlands heraufziehenden schweren Gewitterwolken im Vorwort zu seinem herrlichen Buche „Schiller und seine Zeit" sagt:

„Das alte deutsche Erbübel, daß jeder Deutsche sein eigenes politisches System und zwar ein unfehlbares haben zu müssen glaubt, regt sich wieder bedrohlich und das zu einer Zeit, wo es heißt: Offene oder schlecht verkappte Feinde ringsum! und wo es auch dem letzten Deutschen klar sein sollte, sein muß, daß wir uns schlechterdings nur auf uns selbst verlassen können.

Die deutsche sozialdemokratische Partei hat auf ihrem Teplitzer Parteitag am 2. September l. J. als nationale Lebensfrage der Deutschen in diesem Staate

die Forderung nach völkischer Selbstverwaltung auf Grundlage des Territorialprinzipes aufgestellt. Diese Forderung ist, allerdings als Minimalforderung, auch die unsere und soviel aus gemeinsamen Beratungen bekannt ist, auch die aller anderen deutschen Parteien. Wie denken sich die Sozialdemokraten nun aber die Durchsetzung derselben? Sie sagen in ihrer Parteitagskundgebung:

„Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschoslow. Republik will den Kampf für die Erfüllung dieser Forderungen in engster Gemeinschaft mit den Proletariern aller anderen Nationen führen. Sie ladet die slowakischen, die polnischen, die magyarischen und ruthenischen Proletarier zu gemeinsamem Kampfe ein. Vor allem aber setzt sie ihre Hoffnung auf die Wiederherstellung ihrer alten Kampfgemeinschaft mit dem tschechischen Proletariat. Sie ist überzeugt, daß die Verschärfung der Klassengegensätze das tschechische Proletariat von dem Einfluße der Bourgoisie befreien, es auf dem Boden des unbeschränkten und unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker zurückführen und es damit unfähig machen wird, im engsten Bunde mit den deutschen Proletariern den revolutionären Klassenkampf zu führen."

Am Jahrestage der tschechischen Revolution beantworteten die tschechischen Sozialdemokraten die Kundgebung des Teplitzer Parteitages mit einem feierlichen Manifest, in dem es u. a. heißt, daß „die Gesetzgebung und Verwaltung in der ganzen Republik einheitlich sein sollen" und das mit dem Gelöbnis schließt:

„Wir sehen mit freudiger und vertrauensvoller Hoffnung der weiteren Zukunft unserer tschechoslowakischen Republik entgegen und versprechen feierlich, daß wir bis zum letzten Mann auf der Wacht stehen werden, um alle bisherigen Ergebnisse der nationalen Revolution zu wahren".

Der Weg unserer Sozialdemokraten führt in die entgegensetzte Richtung vom Ziel. Bis die tschechischen Sozialisten der unterschiedlichen Richtungen an der Seite deutscher Arbeiter für unser Selbstbestim-

mungsrecht eintreten werden, ist der letzte deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte von seinem Arbeitsplatz verjagt, sind unsere Schulen zersetzt und ist unser nationales Wirtschaftsleben vernichtet. Um das Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen, müssen wir vor allem eine Kampfgemeinschaft mit jenen anstreben, deren Ziel aus nationalen Gründen das gleiche ist, daß sind unsere **deutschen Bürger** und **Bauern**. Und darüber hinaus führt uns dann der Weg nicht nur zu den gleichfalls unterjochten polnischen, magyarischen, ruthenischen und slowakischen Sozialisten, sondern auch zu den anderen Parteien dieser Nationen, soferne si. nationale Freiheit und Unabhängigkeit anstreben.

Neben den Fragen der inneren Politik werden wir unser ganzes Interesse auch jenen der **aeußeren** zuwenden müssen. Nicht nur, daß wir in stetem lebendigem Zusammenhang mit unseren Volksgenossen sowohl im Deutschen Reiche als auch in Deutschösterreich und den von Fremdherrschaft heimgesuchten deutschen Landen bleiben müssen, unser Blick muß sich darüber hinaus erweitern und **weltpolitisch** werden. (Beifall und Zustimmung.) Die Spitze der „Auswärtigen tschechischen Politik. st gegen **Wien** und **Berlin** gerichtet, und **Kramarsch** reist bereits wieder in **panslawistischer Mission**. Ein Staat, der neben 6einhalb Millionen Tschechen über 3einhalb Millionen Deutsche ..hlt, darf keine deutschfeindliche Außenpolitik machen! Aber auch die Außenpolitik des deutschen Reiches wird mit den Methoden der Vergangenheit brechen, den Fragen des Auslandsdeutschtums nunmehr eine andere Behandlung zuwenden müssen. Freundlich. Beziehungen zu einem Staate, der im inneren der Bedrücker von Millionen Volksgenossen ist, tragen nur die Verachtung selbstbewußter Völker ein und führen letzten Endes immer ins **eigene Verderben**. Nicht das augenblickliche Interesse guter wirtschaftlicher Beziehungen darf der deutschen Außenpolitik die Weg vorzeichnen, sondern das **dauernde Interesse der Gesamtnation**. (Lebhafter Beifall.)

Nie war das deutsche Volk größer, als in den Zeiten der tiefsten Erniedrigung. Sie ist uns im Wellengang einer zweitausendjährigen Geschichte nicht erspart geblieben. Nach einem dreißigjährigen Kriege

war einst die Volkszahl der Deutschen in Europa auf wenige Millionen herabgesunken. Die Männer waren gemordet, die Jugend verderbt, das Land eine Wüste. Und dennoch sproß neues Leben aus dem gesunden Kern der Nation.

Wir Sudetendeutsche denken heute an die Prüfungszeit unserer Väter auf diesem Boden, da der Hussitensturm über die Heimat dahinbrauste und rauchende Trümmerstätten deutscher Kultur hinterließ. Auch diese Periode ward überwunden. Geht heute wieder eine Sturmflut über unser Land und Volk, nun es ist nicht die erste und die letzte. Unbesiegbar aber lebt in uns der Glaube, daß die Weltgeschichte nicht am Ende ist und für die ganze deutsche Nation der Tag ihrer Freiheit und Einheit kommen muß. In diesem Vertrauen wird uns beharrliche Arbeit zum Siege unserer nationalen und sozialen Gedanken führen. (Stürm. langanhaltender Beifall.)

* * *

Namens der Parteileitung beantragte Knirsch folgende

Kundgebung,

die der Parteitag unter stürmischen Beifallskundgebungen einstimmig annahm:

Jedes Volk als kulturelle Einheit hat ein natürliches und unverjährbares Recht auf ein freies Eigenleben in Staat und Gesellschaft. Zahllose politische und kriegerische Erschütterungen in der zivilisierten Welt gingen aus nationalen Verschiebungen und versuchter Beherrschung fremder Volksteile durch jeweilige Machthaber hervor. — Wir fordern als untrennbarer Stamm der deutschen Nation, mit dieser in immerwährendem Zusammenhange stehend, das volle Selbstbestimmungsrecht als einzig

mögliche Grundlage **friedlicher Entwicklung und kultureller Wohlfahrt.** Der tschechoslowakische Staat, in welchem nach dem Diktat des Pariser Gewaltfriedes 3,700.000 Deutsche, 6,291.000 Tschechen. 1,,771.000 Slowaken, 877.000 Magyaren und 500.000 Ruthenen gepreßt wurden, ist nicht als gewollte Republik von der Mehrheit seiner Bevölkerung, sondern durch militärische Machtmittel ohne Rücksicht auf den Willen seiner Völker geschaffen worden. Daher bestehen wir in diesem Zwangsstaate auf unserer offenen und restlosen Anerkennung als **selbständiges Volk auf freiem Heimatsboden!**

Wie wir den Erhalt unserer kulturellen Einrichtungen aus eigener Kraft zu bestreiten bereit sind, so wehren wir uns geschlossen gegen das Bestreben der tschechischen Machthaber von heute, uns auf die Stufe von geduldeten und minderberechtigten Staatsbürgern zweiter Klasse herabzudrücken. Wir erheben Einspruch gegen die planmäßige Zersetzung unserer Schule, die Gefährdung der nationalen und politischen Grundrechte der deutschen Staatsbürger, die Brutalitäten der Soldateska, die Unterdrückung der Presse, die Entlassung deutscher Angestellter und Arbeiter sowie die Bevorzugung tschechischer Bewerber in Amt und Wirtschaft. Die sofortige Beseitigung jener willkürlich gebildeten Prager Versammlung, die hier allen Völkern Gesetze vorschreibt, und die freie Wahl einer verfassunggebenden Nationalitäten-Versammlung ist unabweisbar.

Wir fordern unser geschlossenes Siedelungsgebiet als gesicherten Lebensraum mit selbstgewählter Verfassung, Verwaltung und Landeswehr, wie das im Pariser Minoritätsschutzgesetze sogar den 500.000

Köpfe zählenden Ruthenen innerhalb des tschechoslowakischen Staates zugebilligt worden ist.

Wir gewähren den tschechischen Minderheiten in unserem Volkskörper im vorhinein alle Rechte, welche die Inseldeutschen im tschechischen Sprachgebiete erhalten werden. Grundsätzlich verlangen wir ferner die Verlegung aller gesamtdeutschen Kultureinrichtungen, Hochschulen, Wirtschafts-Organisationen u. dgl. aus der fremden Hauptstadt Prag ins deutsche Land, durch dessen Aufblühen unser nationales Recht vor Freund und Feind in Europa die beste Begründung erfährt.

Als Sozialisten erklären wir die heutige tschechische Fremdherrschaft als Hemmnis aller fortschreitenden sozialen Entwicklung. Unsere Kraft und die der Organisation muß auf die Abwehr aller Schädigungen der deutschen arbeitenden Volsschichten gerichtet sein. Den Kampf gegen das tschechische System und für die nationalen Lebensbedingungen des ganzen Volkes wollen wir auf der Linie eines gemeinsamen Bekenntnisses zur Freiheit und nationalen Unabhängigkeit mit allen Parteien, die guten Willens sind, bis zum Erfolge führen!

Treten auch andere nationale Minderheiten der Tschechoslowakei in unsere Front, so sollen sie ehrlich willkommen sein.

Die nationalsozialistische Partei wird in der großen Entscheidung opfermutig ihre Fahnen vorantragen, in dem durch die Ereignisse erhärteten Bewußtsein, daß ohne nationale Freiheit die soziale Gerechtigkeit nie errungen werden kann.
